

Erscheint  
an allen Verkäufen.

Bezugspreis monatlich 30 Pf.  
bei der Geschäftsstelle 3.50  
in den Ausgabestellen 3.70  
durch Zeitungsboten 3.80  
durch die Post 3.50  
auschl. Postgebühren.

ins Ausland 6 Goldmark bei  
täglicher Versendung und 5  
Goldmark bei 2 mal wöchent-  
licher Versendung.

Fernsprecher 6105, 6275.  
Tel.-Nr.: Tagblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen  
Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.Postcheckkonto für Deutschland  
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Zeitzeile (38 mm breit) 45 Gr.  
Anzeigenteil 15 Groschen  
für die Millimeterzeile im Reklameteil 45 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Reklamezeitzeile (90 mm breit) 185 gr.

**BARUSIN**  
DIE  
DAUERHAFTEN  
DACHEINDECKUNG  
OSKAR BECKER  
POZNAN  
SW. MARCIN 59.

## Die Konferenz der Kleinen Entente.

(Von unserem Prager Mitarbeiter.)

P. T. Prag, im Januar.

Der bevorstehende Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente in Ragusa ist für die weitere Gestaltung der Politik in Zentraleuropa und auf dem Balkan größte Bedeutung zuzumessen, wenn auch anzunehmen ist, daß die Auswirkungen der jetzt vorbereiteten Beschlüsse erst in einiger Zeit sichtbar sein werden. Die Konferenz von Ragusa wird unter den Wirkungen des Abkommens von Locarno stehen, insoweit dieses eine gewisse Änderung in dem Verhältnis Frankreichs zur Tschechoslowakei und Polen im Gefolge hat und die Haltung der Sowjetunion bestimmt. Man scheint vor allem in Warschau das Gefühl zu haben, daß in den Beziehungen zu Frankreich eine starke Abkühlung festzustellen ist, eine natürliche Folge der Besserung der Stimmung zwischen Paris und Berlin. Aber auch zwischen Prag und Paris besteht nicht mehr die alte Herzlichkeit. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch ist bei seinem letzten Aufenthalt in Paris lange nicht mehr mit derselben Herzlichkeit aufgenommen worden, als früher. Die Glanzzeit des Dr. Benesch scheint überhaupt längst vorbei zu sein. Dass zwischen Dr. Benesch und den Leitern der französischen Außenpolitik schon seit längerer Zeit keine volle Harmonie mehr besteht, weiß man in eingeweihten Kreisen. Nach außen hin kam dies besonders anlässlich der vorletzten Völkerbundtagung in Genf zum Ausdruck, als Dr. Benesch in einem Genfer französischen Blatt, dessen Beziehungen zum Prager Außenamt offenes Geheimnis sind, gegen Frankreich Front machen ließ und das deutsche Schiedgesperst an die Wand malen wollte, eine Intrige, die aber, wie die Folgen gezeigt haben, völlig mißlungen ist.

Da Dr. Benesch heute nicht mehr große Weltpolitik machen kann und zu dieser Einsicht, allerdings nach langem Zögern, selbst gekommen ist, so wünscht er seine Macht in dem näher liegenden Wirkungskreis, in Zentraleuropa und auf dem Balkan, stärker zur Geltung zu bringen, in der Meinung, seine alte internationale Position auf diese Weise wieder festigen oder neu ausrichten zu können. Zu diesem Zweck denkt Dr. Benesch an einen innigen Zusammenschluß der Staaten der Kleinen Entente auf der Grundlage eines zum Teil neuen außenpolitischen Programmes, in dem Polen bei künftigen Beziehungen zur Kleinen Entente eine wichtige Rolle bekommen würde. Von Griechenland und Bulgarien ist in der neu gedachten Konstellation zunächst nicht die Rede, wobei Bulgarien das Hindernis für eine Erweiterung des Rahmens der Kleinen Entente auf dem Balkan darstellt.

Dagegen bildet die Sowjetunion einen wichtigen, wenn nicht den wichtigsten Punkt der intimen Beisprechungen, die in Spalato und Ragusa geplant sind. Für die Tschechoslowakei ist ebenso wie für Südslawien die Frage der Anerkennung der Sowjetunion aktuell, und auch in Bukarest wünscht man schon lange die Herstellung eines besonderen Verhältnisses zu Russland bei Vereinigung der ewig brennenden bosnabosnischen Frage. Man würde es in Bukarest sehr begrüßen, wenn Dr. Benesch in dieser Frage der Mittler zwischen Bukarest und Moskau sein würde, unter der Voraussetzung allerdings, daß die Frage Bosniens im Sinne Rumäniens gelöst werden könnte. Die vorausgegangenen Warnschriften mit Tschechien und das Abkommen zwischen Moskau und Angora, dessen offiziell bekanntgegebener Inhalt offenbar nicht alles verkündet, was zwischen diesen beiden Staaten vereinbart wurde, werden natürlich in dem politischen Programm, das die Regierungen der Kleinen Entente in diesen Tagen entwerfen und in Ragusa zu direkten Diskussionen zwischen den Leitern ihrer Außenpolitik stellen, eine wichtige Rolle spielen.

Nebenbei werden in Ragusa noch einige andere Angelegenheiten zur Erledigung kommen, insbesondere die ungarische Frage, die eine ständige Quelle der Unruhe ist für die Kleine Entente bildet. Die ungarische Frage erscheint durch die Geldfalscheraffäre und durch die Wiederaufrollung der Königsfrage und das Auftreten des Erzherzogs Albrecht verschärft, wobei über die Haltung Mussolinis zu der angeblich vom ungarischen Faschismus getragenen Kandidatur Albrechts gesprochen werden soll. Rämentlich in Belgrad scheint man über die Frage stark beunruhigt zu sein, da man dort die Haltung Mussolinis als durchaus nicht klar bezeichnet. Auch die Bewaffnungfrage steht zur Diskussion und wird zu einer auch nach außen hin sichibaren Siedlungnahme führen. Man glaubte es als erwiesen betrachten zu können, daß Ungarn die Bedingungen des Vertrages von Trianon in Bezug auf seine Bewaffnung nicht erfüllt hat und im geheimen fortgesetzt rüstet. Die Bildung bewaffneter faschistischer Abteilungen hält man für einen weiteren Schritt in dieser Hinsicht. Die Kleine Entente wird sich diesmal mit nationalen Wünschen nach einer Kontrolle der wirklichen Ausrüstung Ungarns nicht zuvielen geben und Sicherungen fordern. Darüber hinaus haben natürlich aber auch in Wien "veröffentlichte Enthüllungen" über die geheime Bewaffnung sowohl der sozialdemokratischen Schutzzugruppen als auch der christlich-sozialen Heimwehren in Österreich die Auf-

merksamkeit der Nachbarstaaten erregt. So glaubt man in den Staaten der kleinen Entente darauf hinzuweisen zu können, daß die von beiden Parteien mitgeteilten Ziffern ergeben, daß letzten Endes auch in Österreich starke militärisch schlagfertige Truppen bestehen, die mit der Staatswehr angeblich 130 000 Mann zählen müssten. Auch von Österreich wird man daher wohl Auflärungen wegen der "illegalen Rüstung" verlangen.

Die Konferenz von Ragusa bietet somit genug wichtige Themen. Die dort gefassten Beschlüsse werden von weittragender Bedeutung sein, als man dies jetzt vielfach annimmt. Sie sollen die Stellung der Kleinen Entente und ihrer eventuellen neuen Teilhaber in mancher Hinsicht ändern und vor allen Dingen auch stärken. Kurz, es soll ein neuer Klang in das europäische Konzert hineinkommen.

## Urteil im Liquidationsprozeß Magnus.

In dem genügend bekannten Liquidationsprozeß des Herrn v. Magnus in Rogowo gegen das Liquidationskomitee in Posen hat das Oberste Vermögensgericht in Warschau (Najwiedzy Sad Administracyjny) das nachstehende Urteil gefällt. Wie wir erfahren, erzielte Herr Wehrend v. Grash in seiner Liquidationsangelegenheit ein gleiches Urteil.

Oberverwaltungsgericht

L. rej. 1415/28.

### Im Namen des polnischen Staates.

Das Oberverwaltungsgericht unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Rózki in Gegenwart der Richter: Dr. Morawski, Dr. Podczaslik, Biwiolski, Borkowski und des Protokollanten Dabrowski, in der Sache des Paul Magnus in Rogowo, Kr. Gostyn, gegen die Entscheidung des Liquidationskomitees in Posen, vom 18. 8. 1928, L. 165/928, wegen der Liquidierung des Gutes Rogowo im Sinne des Art. 19 des Gesetzes vom 8. 8. 1922, Dz. U. Pos. 600,

hebt in der nichtöffentlichen Sitzung nach Prüfung der Akten der Sache die angefochtene Entscheidung auf wegen mangelhaften Verfahrens und verordnet Rücksetzung der hinterlegten Kautions an den Kläger.

### Gründe:

Durch Beschluß vom 2. Mai 1923 hat das Liquidationskomitee in Posen beschlossen, auf Grund des Art. 2, Buchst. b) und des Art. 11 des Gesetzes vom 15. Juli 1920, Pos. 467, Dz. Ust., desgl. des § 10 der Verfügung des Präsidenten des Hauptliquidationsamtes vom 14. Mai 1921, Pos. 821, Dz. Ust., durch Einbehalten augenblick des Staates die Liquidierung anzuwenden auf das Gut Rogowo, Kr. Gostyn, 1234 Morgen groß, Eigentum des jetzt fliegenden Paul Magnus.

Gegen diesen Beschluß hat der Kläger Einspruch erhoben, indem er behauptet, er habe Anspruch auf die polnische Staatsbürgerschaft, weshalb die Liquidierung auf ihn nicht angewendet werden könne.

Durch Beschluß vom 18. Juli 1923 hat das Liquidationskomitee diesen Einspruch zurückgewiesen, indem es die Entscheidung damit begründete, daß der Versailler Vertrag nicht gleichzeitig zu einem Wohnsitz anerkenne, doch aus der vom Kläger vorgelegten Bescheinigung des Landrats Lude vom 4. Juli 1918 hervorgehe, daß er sich überwiegend in Berlin aufgehalten habe, in Rogowo ungefähr drei Monate jährlich wohnend, desgl. daß die Ausführungen des Notars Jacobsohn, des Vertreters des Klägers, nichts enthalten, was die Anwendung des Liquidationskomitees, der eigentliche Wohnsitz des Klägers sei in Deutschland gewesen, ändern könnte.

Zu der Eingabe des Stellvertreters des Klägers, an welche diese Entscheidung erinnert, ist hervorgehoben worden, daß der Kläger sich schon 1898 auf dem Gute Rogowo niedergelassen hat und daß er dort seinen ständigen Wohnsitz gehabt hat, was bewiesen wird durch die Bescheinigung des Starosten (Landrats Lude) vom 4. Juli 1918, durch die Bescheinigung des evangelischen Kirchenvorstandes in Kröben (?) vom 2. Juni 1920, die bestätigt, daß er dort Kirchensteuern bezahlt hat, ferner durch die Tatweise, daß er in Gostyn auch die anderen persönlichen Steuern bezahlt hat, und endlich durch die Zuständigkeit des Appellationsgerichts in Posen in der Sache der Bildung eines Familiendekommisses aus dem Gute des Klägers.

Der Umstand, daß der Kläger außer dem ständigen Wohnsitz in Rogowo auch einen Wohnsitz in Berlin hatte, kann ihm nicht die polnische Staatsbürgerschaft nehmen, die ihm ipso iure zu steht, und zwar auf Grund des Art. 91 des Versailler Vertrages und auf Grund des Art. 2, Buchst. c) des Gesetzes über die polnische Staatsangehörigkeit vom 20. Januar 1920, Pos. 44, Dz. Ust., des Art. 91 des Versailler Vertrages nur eines Wohnsitzes nicht zu einer in dieser Hinsicht unbedingt nötigen Bedingung macht.

Gegen den Beschluß des Liquidationskomitees vom 18. 7. 1922 ist die beim Oberverwaltungsgericht eingereichte Klage gerichtet, in welcher der Kläger sowohl die Verlegung der Bestimmungen des materiellen Rechts — nämlich des Art. 2c) des Gesetzes vom 20. Januar 1920, des Art. 4, Punkt 2 der Verfügung des Innernministers vom 7. 7. 1920, Pos. 320, Dz. Ust., des Art. 91 des Versailler Vertrages und des § 7 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches — wie auch der Bestimmungen des for-

malen Rechts einwendet.

Die Klagebeantwortung der beklagten Behörde hat das Oberverwaltungsgericht überprüft und gelassen, da sie erst nach dem Ablauf der durch den Beschluß vom 6. 5. 1924 L. rej. 1415—1/2 23 gesetzten zweimonatigen Frist, also verspätet, eingegangen ist.

Das Oberverwaltungsgericht hat in dieser Sache folgendes erwogen:

Im Sinne des Art. 297 lit. b) des Versailler Vertrages,

der von Polen durch das Gesetz vom 31. 7. 1919, Pos. 199 Dz. Ust.

ratifiziert und unter Pos. 200/19 Dz. Ust. veröffentlicht ist, ist der polnische Staat berechtigt, die Liquidation anzuwenden auf Vermögen, Rechte und Interessen, die Reichsdeutsche oder von ihnen kontrollierten Gesellschaften gehören, wobei als Reichsdeutsche nicht diejenigen angesehen werden, die im Sinne des Art. 91 dieses Vertrages ohne weiteres die polnische Staatsbürgerschaft erwerben.

Aus dem Obigen geht hervor, daß notwendige Bedingung für die Anwendung der Liquidation in einem gewissen Falle die Feststellung ist, ob ein Reichsdeutscher der Besitzer des Liquidierbaren, Rechts oder Interesses ist, und wenn dieser Umstand, wie im vorliegenden Falle, stattfindet, vor allem die Entscheidung dieser für die Liquidationsangelegenheit entscheidenden Frage.

Die zur Entscheidung in Sachen der Staatsangehörigkeit beauftragten Behörden sind nach Art. 7 der Verfügung des Innen-

ministers vom 7. Juni 1920, Pos. 320 Dz. Ust., die die Ausführung des Gesetzes über die polnische Staatsbürgerschaft vom 20. Januar 1920, Pos. 44 Dz. Ust., betrifft, im Wortlaut der Verfügung des Ministers für das früher preußische Teilstück vom 5. 2. 1921, Pos. 95 Dz. Ust., die sog. "politischen Behörden" oder die Staatsräte, die Wojewodschaftsämter und das Ministerium des Innern. Sofern also der Besitzer eines Vermögens, dessen Liquidierung beabsichtigt ist, behauptet, er sei ipso iure polnischer Staatsbürger, so muß vor allem vor der Anwendung und Durchführung der Liquidation durch die zuständigen Behörden die für die Anwendung der Liquidation präjudizielle Frage entschieden werden, ob die betreffende Person polnischer Staatsbürger oder Reichsdeutscher ist.

Im vorliegenden Falle fehlt eine solche Feststellung, trotzdem daß der Kläger nicht behauptet hat, er sei ipso iure polnischer Staatsbürger auf Grund des Art. 91 des Versailler Vertrages und des Art. 2, Punkt 1, lit. c) des Gesetzes vom 20. Januar 1920, Pos. 44 Dz. Ust., sondern auch zur Stützung seiner Behauptung Beweise vorgelegt hat.

Aus der Begründung der angefochtenen Entscheidung geht nur mittelbar hervor, daß die beklagte Behörde selbst, die vor allem hätte verlangen sollen, daß durch die dazu berufene Behörde der Umstand festgestellt würde, ob der Kläger polnischer oder reichsdeutscher Staatsbürger ist, diese Beweise nicht für ausreichend erachtet hat und, ohne sich um sie zu kümmern und ohne sogar formell diese wichtigste präjudizielle Frage festzustellen, zur Liquidation des strittigen Gutes geschritten ist.

In diesem Verfahren hat das Oberverwaltungsgericht nicht nur eine wesentliche Verlegung der Formen des Verwaltungsverfahrens zum Schaden des Klägers erlebt, sondern hat auch erkannt, daß der Sachverhalt unter diesen Bedingungen eine Ergänzung erfordert, und hat deshalb die angefochtene Entscheidung aufgehoben auf Grund des Art. 19 des Gesetzes über das Oberverwaltungsgericht vom 3. 8. 1922, Pos. 600 Dz. Ust., ohne Durchführung der Hauptverhandlung und hat zugleich Jurisdicione der Kautions an den Kläger verfügt genug der Bestimmung des Art. 8 des Gesetzes vom 22. 9. 1922, Pos. 800 Dz. Ust.

Warschau, 22. 10. 1928.

## Russische Krise?

Dsd. Berlin, 18. Januar 1928.

In Sowjetrussland scheinen Dinge vor sich zu gehen, die die allergrößte Beobachtung durch die politische Welt erfordern. Auf dem Moskauer Parteitag war bereits eine Spaltung im russischen Kommunismus offenbar geworden, die sehr tiefgehend war und die in dem Kampf des radikalen Sinowjew mit dem mehr und mehr sich auch einer politischen Neuorientierung zunehmenden Trotski kulminierte. Wenn auch Trotski persönlich nahezu völlig im Hintergrund blieb, so war er es doch eigentlich, der auf dem Moskauer Parteitag den Sieg davontrug und Sinowjew und der von ihm geführten Leningrader Opposition eine schwere Niederlage erlitt. Sinowjew ist nicht der Mann, der ohne leichten Kampf seine Position aufgibt und das von ihm gepredigte Prinzip der Weltrevolutionären Idee zugunsten der nur unter Trotski und Stalins Einfluß offenbar bei der Mehrheit als leitend durchgedrungenen nationalen Idee zurücksetzen läßt. Er rüstet sich zum Kampf, und dieser Kampf wird welthistorische Bedeutung haben, wenn er offen ausbricht und von beiden Seiten mit voller Kraft und Rücksichtslosigkeit geführt wird. Trotski gedenkt sich offenbar in erster Linie auf das bürgerliche Element zu stützen, das allmählich wieder mit dem Boden verwachsen ist und den Begriff Russland, wenn auch unter voller Aufrechterhaltung der kommunistischen Phrasologie dem Begriff Weltkommunismus voranstellt und das Handeln und Wandel münzt. Beide nicht mehr als Verbrechen ansehen, erfreut und im Unterbewußtsein schon wieder voll und ganz von bürgerlich-bürgerlichen Instinkten der Kultur wie der Politik erfüllt ist. Es ist das Wesen jeder militärischen Einrichtung, daß auch sie, sie mag unter einer Fahne stehen, wie sie will, den Angehörigen zur Anerkennung der Autorität sowie zum nationalen Willensmensch zu erziehen, und so vermag sich Trotski bei der kommenden Auseinandersetzung ungemein aufzuhöhen, auch auf den Hauptteil der roten Armee zu stützen, bei der er ohnedies als militärischer Organisator ein beträchtliches Kapital an Ansehen, wenn nicht gar Verehrung besitzt. Die Verwaltung als solche und damit der Bürokratismus steht immer und zu allen Zeiten dem bedingungslosen Verfolgung, der sich als der Mächtigere erweist. Im Kampf Trotski — Sinowjew liegt unter den gegebenen Umständen ungemein Trotski in der Vorhand, und seine Taktik, wenn nicht gar strategische Begabung wird es so einzurichten wissen, daß der Kampf erst in voller Schärfe dann entbrennt, wenn ihm die Gewähr des Sieges gegeben erscheint. Der Vorschlag Stalins kann als ein Anzeichen dafür genommen werden, daß man den Beipunkt für gekommen erachtet. Siegt Trotski auf der ganzen Linie, so wird Sowjetrussland von innen heraus eine Organisation erfähren, die das große europäisch-asiatische Weltreich wieder an den Anfang eines Aufstiegs stellt, eines Aufstiegs, der sich mehr und mehr vom Bolschewismus ab und den westlichen Ideen zuwenden, aber auch die Gefahr in sich birgt, daß die Mächte des Westens dann wieder überragenden Einfluss gewinnen.

## Kritik am Auswanderungsamt.

Die „Rzecyzpolita“ schreibt unter der Überschrift: „Hinter den Kulissen des Auswanderungsamtes“ folgendes: „Die Hauptursache der Vernachlässigung der Frage des Auswanderungsamtes ist seine schlechte Struktur. Das Amt ist sehr beschäftigt mit „wissenschaftlichen“ Untersuchungen, mit Statistiken u. dgl. Dingen, die in ihrem Umfang erstaunt und richtig gelenkt, lobenswert sind. In erster Linie muß das Amt grundlegende Dinge verfolgen, wie z. B. die Schaffung einer entsprechenden Emigrationspolitik und die Auffindung der günstigen Gebiete, wo man Auswanderer ansiedeln könnte. Was hat das Amt bisher getan? Chaotisch gearbeitet; es hat verschiedene Delegierte planlos entsandt, die natürlich erfolglos zurückkehrten. Das hat viel Geld gekostet, und sämtliche Reisen haben keinen Nutzen gebracht. Daselbe kann man von der Fürsorge für die Auswanderer sagen. Es gibt keine genaue Statistik über die Auswanderer in Frankreich, wo fast in keiner Beziehung von einer Fürsorge gesprochen werden kann. Mangel an Schulen und Lehrern, polnischen Geistlichen, Heimen und Waisenhäusern. Mangel an Fürsorge für die polnischen Mädchen, die namentlich in den Departements des Nordens und des Pas de Calais in den östlichen Häusern sehr zahlreich sind. Der Mangel ernsthafter Besprechung mit den Emigrationsfragen ist auch der ungünstlichen Personalbesetzung des Amtes zur Last zu legen. An der Spitze des Amtes steht Herr St. Gavronski, der zweifellos eine große Sachkenntnis besitzt. Leider ist er, da er längere Zeit mit verschiedenen Konferenzen im Auslande verbringt, nicht in der Lage, sich mit Fragen der Auswanderung in dem Amt selbst eingehend zu beschäftigen. Sein Vertreter ist ein gewisser Herr Augustowski, früherer Mitarbeiter des Herrn Wladyslaw Grabiski im polnisch-amerikanischen Komitee der Kinderhilfe, Gutspächter im Posenschen Gebiet. Wie aus den bisherigen Posten, die Herr Augustowski innehatte, zu erkennen ist, besitzt er keinerlei Eignung zum Leiter des Auswanderungsamtes. Seine Politik hat zu einer völligen Desorganisation des Amtes und zum Mangel an jedweder positiver Aktion auf dem Gebiete der Auswanderungspolitik geführt. Es ist höchste Zeit, mit den Dilettanten ein Ende zu machen, da die Sache zu wichtig ist, als daß man sie gering schätzen dürfte.“

## Der Chirurg.

Der „Illustrirte Kurier Cobzieny“ schreibt:

Wer ist dieser Professor Kämmerer, den Herr Mlynarski nach Warschau gebracht hat? Im Lichte der amtlichen Informationen sieht die Sache so aus: Prof. Kämmerer ist ein vorzüchlicher Kenner aller finanzieller und wirtschaftlicher Probleme und ist nach Polen gekommen, um unsere Lage zu prüfen, mit unseren Schmerzen bekannt zu werden und uns Ratschläge zu geben, wie unsere Verhältnisse zu sanieren seien. Die Wirklichkeit straf die amtliche Legende ab. Herr Kämmerer ist in der Tat Universitätsprofessor und ein berühmter Kenner von Bankangelegenheiten. Dieser Bankwirtshafter ist Vertreuermann und Sachverständiger einer Gruppe von Bankunternehmen. Für Fragen des allgemeinen Wirtschaftssystems, des Finanzwesens usw. hat er sich niemals interessiert, es sei denn, daß sie mit seiner Bankspécialität in direkter Verbindung standen. Sein Verhältnis zum Kenner der Gesamtheit der inneren wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ist so, wie das Verhältnis des Chirurgen zum Internisten (innere Krankheit). Aus diesem Stande der Dinge geht klar hervor, daß das Ziel der Reise des Herrn Kämmerer keineswegs die Prüfung aller Quellen unserer Krankheit und die Beschreibung von Arzneien war. Herr Kämmerer ist von seinen Vollmachtbewertern deshalb entsandt worden, um sich unter einem genau bestimmten Gesichtspunkt mit den polnischen Verhältnissen bekannt zu machen. Er soll darüber Bericht erstatten, ob sich das Monopol geschäftigt mit Polen lohnt oder nicht. Angebaut dieser reinen Handelsmission des Herrn Kämmerer, der als Geschäftsmann zu uns gekommen ist, wächst sich die Art und Weise seines Empfangs in Polen zu einer Kompromission aus. Regierung, Sejm, Presse und Gesellschaft, von Herrn Mlynarski nicht unterrichtet, begrüßten ihn als Wunderarzt. Empfang auf Bankett, auf Bankett auf Bankett. Herr Kämmerer mußte sich eins ins Faustchen lachen, und eine sonderbare Vorstellung bekommen von unserer Kenntnis der Dinge, von unseren Aktionsmethoden und Formen. Diese Episode mit Herrn Kämmerer hat bereits ihre Prädembefälle. Im Leitartikel sprechen wir von einer weit peinlicheren Angelegenheit, nämlich von William Goud. Die Tatsache, daß Herr Mlynarski Herrn Kämmerer anders darstellte, als es die Wirklichkeit geboten hätte, ist kein Bußfall. Es ist das Resultat des Systems, das seit einer Reihe von Jahren vom Grabstium angewandt wird, dessen Exponent eben Herr Mlynarski ist. Wir lassen aus dem Auslande Chirurgen kommen und keine „Internisten“, weil wir

die Resultate ihrer Prüfungen fürchten. Unsere eigenen Interessen aber, deren wir noch mehrere im Lande haben, hören wir nicht. So ein Arzt müßte in Gebiete eingreifen, deren Berührung für viele Männer der regierenden Kreise sehr empfindlich und gefährlich wäre. Er müßte sich mit unserer Bauwirtschaft befassen, mit der Korruption, die in unserem Organismus fristet, mit der Vergedungssucht verschwiegener „Festimahlfreunde“, und er müßte verlangen, daß all dem ein Damnum entgegen gesetzt werde. Der Chirurg aber untersucht nur eine eiternde Stelle, führt diese oder jene Amputation durch, während er das übrige unberührt läßt.“

## Um die Anleiheverhandlungen.

Die „Rzecyzpolita“ hat sich an eine Finanzautorität mit der Bitte gewandt, ihre Meinung zur Frage der Anleiheverhandlungen zu äußern. Das Blatt bringt folgende Ausführungen der befreitenden Persönlichkeit: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß außer dem amerikanischen Angebot noch einige andere Angebote für die Verpachtung des Tabakmonopols bestehen, die besser seien als das amerikanische Angebot. Das Finanzministerium bestätigt keine weiteren konkreten Angebote, und deshalb ist die Feststellung, daß vor allem das französische Angebot weit günstiger für den Staatsfiskus wäre als das amerikanische, unrichtig. Sie ist es um so mehr, als man nur reale Werte miteinander vergleichen kann. Nun besteht aber wieder ein französisches Angebot, noch sind die Verhandlungen mit dem amerikanischen Bankers Trust so weit vorgeschritten, daß man die praktischen Bedingungen besprechen könnte, auf die sich die Anleihe stützen soll. Von polnischer Seite ist nur offiziell erklärt worden, daß Polen auf eine Anleihe von 100 Millionen Dollar reagiert. Von dem Bankers-Trust ist dies unter Vorbehalt der Erfüllung konkreter Anleihebedingungen nach der Prüfung der Lage und der Entwicklungsmöglichkeiten des polnischen Tabakmonopols stillschweigend zur Kenntnis genommen worden. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Professor Kämmerer ein Vertrauensmann des Bankers-Trust ist. Prof. Kämmerer steht in seinem Zusammenhang mit diesem Konsortium. Das Ziel seiner Reise nach Polen bestand darin, sich eine Meinung über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des polnischen Staates zu machen. Das tat er auf Einladung der polnischen Regierung, die es wünschte, daß Polen für die amerikanischen Finanzleute aufhört, ein falscher Begriff zu sein. Die Erlangung einer Anleihe von 100 Millionen Dollar, die auf dem europäischen Markt schwer zu erlangen ist, würden die Finanzaspekte des Staates beheben. Deshalb muß, wenn man die Anknüpfung der Verhandlungen von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, die Veröffentlichung von Nachrichten, die der Wahrheit nicht entsprechen, als ungünstig bezeichnet werden.

## Gegen Michalski und Byrka.

In der „Rzecyzpolita“ lesen wir: Das Grabstium führt einen erbitterten Feldzug gegen die beiden Sejmabgeordneten Michalski und Byrka. Es ist die Rache dafür, daß diese beiden Abgeordneten erfolgreich zur Demaskierung des Systems beigetragen haben, mit dessen Hilfe das Grabstium Polen ruinirt hat, weil es die öffentliche Meinung belog, daß Land und Volk einer glänzenden wirtschaftlichen Zukunft entgegengingen. Gegen Byrka und Michalski ist derzeit Vorwurf erhoben worden, daß sie nämlich vom Staatsfiskus Gehälter empfangen, obwohl sie noch in einem Alter stehen, das sie moralisch nicht dazu berechtigt. Auf Leute, die den eigentlichen Stand der Dinge nicht kennen, könnte dieser Vorwurf einwirken, aber im Lichte der Tatsachen bietet er sich ganz anders dar. Das Grabstium will sich nicht daran erinnern, daß derjenige, der Michalski und Byrka zur Aufgabe des Staatsdienstes zwang, gerade Herr Wladyslaw Grabiski war. Byrka wurde von Grabiski deshalb in Pension gesetzt, weil die Kreditanstalt für die Kleinpolnischen Städte aufgelöst wurde, und Michalski am Anger dadurch zum Rücktritt, daß er die Landesbank (Bank Krakowska) in die Bank Gospodarki wojewódzkiego umgestaltete. Das war nur Schein, im Grunde genommen wollte Herr Wladyslaw Grabiski nur einen persönlichen Haß gegen diese beiden verdienten Männer füllen und sie materiell fördern. Da beide Institutionen Staatsbanken gewesen sind und Byrka und Michalski seit einer Reihe von Jahren im Staatsdienst waren, mußte man ihnen das Ruhegehalt gewähren. Das war keine Gnade, sondern die Ausführung der bestehenden Rechtsvorschriften. In einem Rechtsstaat darf man einen Beamten, der die im Gesetz vorgeschriebenen Jahre untadelhaft absolviert, nicht der Pension berauben. Das kam in die polnisierten Gehirne des Grabstiums nicht hinein. Durch die Achtung der Gesetze unterscheiden sich gerade die Rechtsstaaten von autoritativer Despotie. Über das Grabstium, mit seinem eigenen Bolschewismus, begreift das nicht. Zweieinhalb Jahre hindurch hat es sich nur mit Hilfe von Geheimschreibungen am Ruder gehalten.

Der Jüngere konnte nur nicken. Er würgte an Worten, die ihm nicht recht über die Lippen wollten.

„Sezen Sie sich, Herr Gehrke,“ sagte Heidenberg. „Sprechen wir uns als Männer aus! Sie wollen mir Ihr Valet Deutsche Bankgesellschaft abtreten. Ja? Selbstverständlich. Sie wissen gar nicht, welchen Dienst Sie mir damit erweisen. Da ich sie persönlich erwerbe, werde ich den Preis zahlen, den sie wert sind. Er wird beträchtlich höher sein als der Kurswert. Wollen Sie morgen um den Scheid schicken?“

Reinhold erhob sich. Er war zu jung. Könnte sich noch nicht so beherrschen. Er zitterte.

„Ich danke, Herr Generaldirektor,“ sagte er leise. „Ich werde morgen um zehn Uhr einen Kassenboten schicken.“

Einen Moment noch, Herr Gehrke. Ich habe auch einmal so jung angesangen und weiß, was das heißt, im rechten Moment Hilfe zu bekommen. Ich bin im Besitz, ich glaube weit über der Hälfte der Neuland-Anteile. Wollen Sie, daß wir uns darüber unterhalten?“

Der junge Mensch kämpfte. Sein hübsches Gesicht verzerrte sich unter diesem Kampfe, den sein Stolz, sein Ehrgesühl gegen seinen Ehrgeiz führten. Heidenberg wartete —

„Ich danke Ihnen für dieses Entgegenkommen,“ sagte Reinhold dann. „Ich nehme es im Namen meiner Firma an.“

Also, dann sagen wir übermorgen um neun bei mir im Büro.“

Sehr wohl, Herr Generaldirektor.“

Mit unsicherem, langsamem Schritte ging er hinaus.

Endlich waren sie allein.

„Du hast wieder recht gehabt, Hannah!“ rief er. „Doch ich ihr die Briefe zurückgeschickt habe — ihr Stolz hat sie gepackt. Und morgen hole ich Dich und Deinen Bruder ab, und dann fahren wir hinaus nach dem Moor. Und übermorgen fangen wir an zu arbeiten.“

Sie lehnte sich an ihn, fröhlig, vergehend in Liebe.

„Und — und Reinhold?“ fragte sie nach langem Kuss.

„Ist schon erledigt, Hannah. Du kannst Dich morgen bei der Privatsekretärin des Generaldirektors erkundigen.“

Da lachte sie, weinte sie und küßte ihn abermals,

## Republik Polen.

### Vom Hauptliquidationsamt.

Das Hauptliquidationsamt fordert die polnischen Bürger, die Grundstücke im Gebiet der litauischen Republik besitzen, dazu auf, zwangsweise Registrierung im Amt persönlich vorzusprechen oder ihre Adressen anzugeben.

### Um das Spiritusmonopol.

Im „Kurier Poznański“ lesen wir: Der jüdische „Gajnt“ bringt folgende charakteristische Nachricht: Der Verband der Schankwirte Polens soll sich an die Regierung mit einer Deckschrift gewandt haben, in der er die Gewährung einer Anleihe von 70 Millionen Dollar für die Verpachtung des Spiritusmonopols auf 20 Jahre vorschlägt. Für den Fall der Verlängerung der Frist auf 25 Jahre wäre der Verband bereit, die Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar zu gewähren. Die Initiative für diese Aktion ist aus Kreisen der Krakauer Schankwirte hervorgegangen.

### Die innere Anleihe.

Auf der Krakauer Tagung der Industriellenverbände von West- und Südpolen ist u. a. ein Beschuß gefasst worden, in dem der Kongress der Industriellenverbände zu einer energischen Unterstützung der inneren Anleihe auffordert. Die „Flut“ der Anleiheangebote.

### Ein außerordentlicher Epidemiekommissar.

Auf Grund einer Verfügung des Ministerrats ist das Amt eines außerordentlichen Kommissars zur Bekämpfung der Epidemien für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1926 geschaffen worden.

### Die Regimentsinspektionen des Staatspräsidenten.

Die „Rzecyzpolita“ kommentiert die Regimentsinspektion des Staatspräsidenten beim 21. Infanterieregiment in Warschau dahin, daß es nicht gut gewesen sei, daß der Staatspräsident bisher die betreffende Bestimmung der Verfassung über das Gebot solcher Inspektionen nicht ausgeführt habe. Die Friedensinspektion des Staatspräsidenten werde alle Offiziere daran erinnern, wer auf Grund der Verfassung oberster Führer des polnischen Heeres sei.

### Herabsetzung der Beamtengehälter.

Das Inneministerium hat Maßnahmen zur Herabsetzung der Gehälter der Selbstverwaltungsbürokratie eingeleitet. Zu diesem Zwecke ist an die Wojewoden ein Rundschreiben ergangen, in dem die Intervention in den Kommunalverbänden angeraten wird. Im Sinne einer Verfügung des Staatspräsidenten sollen die Gehälter der Selbstverwaltungsbürokratie den Gehältern der Staatsbeamten angeglichen werden. Das Ministerium hat die Beschleunigung der Ausführung dieser Verfügung aufgetragen.

### Deutsche und polnische Pazifisten.

Eine Warschauer Meldung der „Agencia Wschodnia“ lautet: Die polnische und die deutsche Sektion der internationalen Fraterna für Frieden und Freiheit haben einen Aufruf ausgearbeitet, der demnächst in der deutschen und in der polnischen Presse erscheinen soll. Aus dem Aufruf geht hervor, daß sich die deutschen und die polnischen Pazifisten verständigt haben und daran arbeiten werden, die Beziehungen im Vorarlengerland zu gestalten und die Lage der nationalen Minderheiten zu verbessern.

### Verhaftung.

Wie die „Rzecyzpolita“ meint, ist in Krakau der Bruder des Vizepräsidenten der Bank Polska, Michał Mlynarski, Böllerer einer großen Fortgesellschaft, verhaftet worden. Die Gesellschaft hatte vor einiger Zeit mit den Militärbehörden einen Holzlieferungsvertrag abgeschlossen, der im Namen der Gesellschaft von Herrn Mlynarski unterzeichnet wurde. Die Lieferung wurde jedoch nicht ausgeführt und der Staatsfiskus erfuhr, daß das Blatt weiter meldet, einen Verlust von 60000 Gold. Herr Mlynarski soll deshalb verhaftet worden sein, weil er die in Krakau angesetzte Frist nicht eingehalten habe.

### XLII.

Heidenberg kam spät nach Hause. Bei Möllheim hatte es ein regelrechtes Siegesmahl gegeben, und er hatte erst Hannah und ihren Bruder heimgebracht.

Ein Uhr war es, als er in sein Arbeitszimmer trat. Da lag auf dem Tische ein Gilbrieß aus Hamburg.

Gerda schrieb:

„Du hast doch gesiegt und bist der Starkere geblieben. So gebe ich Dich frei — Herbert. Du bleibst also an Deinem Platze, dem stolzen Platze, an den nur Du gehörst. Nichts ändert sich — bis auf — — — !“

Wenn Du diesen Brief erhaltenst, bin ich bereits auf dem Wege nach Schottland. Und von dort — wohin? Ich weiß es nicht. Ich war ja immer ruhelos und werde es jetzt wohl noch mehr sein. Nur, um das bitte ich Dich zum Abschied: Läßt nicht die anderen in das Haus, das einst doch meinig war. Ja, Herbert, versprichst Du mir das? Denn sieh, ich wollte, Du hättest die Briefe gelesen. Du hättest daraus ersehen, daß Balances wohl mein Geliebter war, aber daß ich ihn nicht geliebt habe. Sonst hätte ich getan, was er immer, immer von mir verlangt hat: Ich hätte ihn geheiratet.

„Leb wohl, Herbert. Ich habe es nie sagen, nie zeigen können, auch in Hamburg nicht, in der schwersten Stunde meines Lebens. Aber Herbert, ich habe Dich immer geliebt von der ersten Stunde unserer Ehe an! Gerda.“

Der Mann las und las und merkte nicht, daß ihm die Tränen über die Wangen rollten — — —

„So saß er — — — . Die Nacht ging vorbei, rot mit goldenem Licht kam die Sonne heraus, und vor das Tor fuhr prustend und bellend sein mächtiger Fiat vor.

Da erhob er sich, reckte sich und ging zu dem Wagen hinunter, in dem er Hannah und ihren Bruder abholen wollte, um sie zum Moor hinauszuführen — — —

Er stieg ein, riß den Hebel an, und wie ein feuriges Ross sprang der stolze Wagen vorwärts, hinein in den frischen, göttlichen Morgen.

# Reichstagsauflösung die letzte Lösung?

Die Kabinetsbildung gescheitert.

Das neue Kabinett Luther, das noch in der Sonntagsausgabe aller Berliner Zeitungen als „absolut sicher“ hingestellt worden ist, erlebte noch im Laufe des Sonntags die Feuerprobe. Dr. Luther erhielt Sonntag vormittag beim Herrn Reichspräsidenten, um ihm die neue Liste und die politische Lage vorzutragen. Es galt als feststehend, daß dieses Kabinett in seiner Zusammensetzung sich vor den Reichstag begeben würde, und es wurde sogar angenommen, daß der Reichstag eine regierungsfähige Mehrheit zustande bringen könnte. Dr. Luther erhielt noch im Laufe des Sonntagsvormittags die Nachricht, daß von der Bayerischen Volkspartei Widerstände gegen die Bildung des Kabinetts zu erwarten seien. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, die im Laufe des Montags vormittags zusammentrat, wandte sich gegen die Besetzung der wichtigen Ministerien durch die Demokraten, im besonderen aber durch die Beziehung mit Minister Koch.

Dr. Luther unterrichtete darum im Laufe des Vormittags den Reichspräsidenten von den neuen Schwierigkeiten. Der Reichspräsident bat um Bericht, der noch im Laufe des Montags nachmittags zu ergehen habe. Die Konferenz sollte um 6 Uhr festgelegt werden. Die entscheidende Besprechung war auf 6 Uhr festgelegt, um 7 Uhr traten die Fraktionen erneut zusammen. Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen:

1. Eine Kandidatur Koch als Reichsinnenminister ist untragbar.

2. Der Posten müsse durch einen Fachmann besetzt werden. Nachmittags 2 Uhr wurde der Beschluß der demokratischen und Zentrumfraktion zugestellt. Die Deutsche Volkspartei hat den Fraktionsvorsitzenden Scholz volle Handlungsfreiheit bei den weiteren Verhandlungen gelassen.

Im Laufe des Dienstag vormittags sollen die Verhandlungen fortgeführt werden. Die Demokraten und das Zentrum haben eine abwartende Haltung eingenommen. Wie die Berichte von Montag nacht lauten, hat das Zentrum sich in Gegenahme zur Bayerischen Volkspartei gestellt. In politischen Kreisen wird bereits der lezte Weg erwogen, der nach der Verfassung zu beschreiten übrig bleibt, die Reichstagsauflösung.

## Die Wahlarbeit im Osten und Westen.

Im ersten Heft des neuen Jahrganges der Zeitschrift für Geopolitik (Verlag Kurt Vohwinkel, Berlin-Grunewald) schreibt Prof. Obst gelegentlich einer weitschauenden Betrachtung der Auswirkungen von Locarno:

England benutzt die Verbündigung mit dem Kontinent, um sich von dem Balkanisieren und ihm daher nicht mehr gefährlichen Zwischen Europa zu lösen und alle Kräfte auf die Ausgestaltung und Festigung seines Empire zu verwenden. Wie sehr diese Umstellung der britischen Politik eine Gefahr für Zwischen Europa bedeutet, braucht hier kaum dargelegt zu werden. Läuft die Entwicklung auf die Bildung einer autarken, abgeschlossenen pan-britischen Wirtschaftsunion hinaus, so muß die europäische Wirtschaftskraft nicht nur anhalten, sondern sich sogar verstärken. — Diese Gefahr muß um so ernster bewertet werden, als von Osten ein ähnliches Ungemittert aufzieht. Die stürmische Aufwärtsentwicklung der sowjetrussischen Wirtschaft ist keine Folge des sozialpolitischen Umsturzes, sondern geht umgekehrt vor allem auf das neuerrichtete Gewährlebenlassen der Privatinitiative zurück. Aber sie stellt eine Katastrophe dar, die nicht zu bestreiten ist, und zielt schließlich darauf ab, das riesige Reich zu einer autarken geschlossenen Wirtschaftseinheit auszustalten. Der englischen Industrieschutzgesetzgebung entspricht das russische Außenhandelsmonopol. — Das dritte Teilen genug zu nehmen die Zwischenländer. Im Westen lastet sich England im Verein mit allen seinen Dominions und Kolonien ab, im Osten tut Russland das gleiche. Wie soll Zwischen Europa dann in ferner Zukunft existieren, wovon soll es sich ernähren, woher seine Rohstoffe beziehen, wohin seine Fertigwaren absezten? Diese drei Fragen umschließen das Schicksal der zwischenrussischen Staaten in wirtschaftlicher Beziehung. Leider erkennen die Staatsmänner Zwischen Europas diese Gefahren noch keinwegs: sie übersehen, daß kein einziger Staat Zwischen Europa für sich allein in der Lage ist, der Bewält der Mühlräder im Osten und Westen zu widerstehen.

## Deutsches Reich.

### Drei Eisenbahnstreckerarbeiter getötet.

Zwischen Kreisfeld und Nerdingen gerieten drei Eisenbahnstreckerarbeiter unter die Räder eines fahrenden Busses und waren auf der Stelle tot. Durch das vorherige Passieren eines Güterzuges, der viele Dampfwolken entwickelte, bemerkten die Arbeiter nicht den zweiten herannahenden Zug. Sie wurden von diesem erschafft, und unter den Rädern gezogen. Eine nähere Untersuchung dieser Angelegenheit wird erst die Sachlage klären.

### Schwerer Unfall beim Sechstagerennen in Berlin.

Am zweiten Tage des Sechstagerennens in Berlin ereignete sich ein Unfall, dem zwei der besten Fahrer zum Opfer fielen. Beide Fahrer mussten mit einem Schildfußbeinbruch von der Bahn getragen werden. Die beiden Verunglückten sind: Kappe und der Italiener Giardengo. Die beiden Fahrer müssen folglich aus dem Rennen ausscheiden.

### Feuer in einem Elbehafen.

Auf einem im Elbehafen von Wittenberge liegenden Paketkahn brach in einer letzten Nächte Feuer aus, das durch eine Explosion hervorgerufen wurde. Das Deck des Kahnes flog in die Luft und der Kahn brannte lichterloh. Da die an dem brennenden Kahn liegenden Schiffe in Mitleidenschaft gezogen werden konnten, bat man den Kahn losgelöst und ließ ihn in die Ecke treiben. Dort geriet er auf Grund und brannte vollständig aus. 6000 Tonnen Getreide und andere Nutzlasten sowie größere Mengen Karbid gingen durch das Feuer verloren. Die Explosion muß jedenfalls durch Karbid hervorgerufen worden sein.

Berlin, 19. Januar. (R.) Der „Vorwärts“ erklärt, eine Regierung Luther werde sich nur halten können, wenn sie wenigstens das Zentrum für sich gewinne. Scheitert sie, so bleibe als einziger verfassungsmäßiger Weg die Auflösung des Reichstages.

## Deutschnationalen Anträge auf Verfassungsänderung.

Berlin, 19. Januar. (R.) Bei der Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin kündigte Graf Westarp in seiner Festrede an, daß die Deutschnationalen eine Reihe von Anträgen im Reichstage einbringen werden, die eine Einschränkung der Befugnisse des Reichstages und somit der Wirklichkeit der Parteiherrschaft anstreben. Bei den Anträgen handelt es sich um die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und um Abschaffung des Artikels 54 der Reichsverfassung, wonach der Reichskanzler bei jedem Misstrauensvotum einer Reichstagsmehrheit zurückzutreten gezwungen sei.

### Noch unbestimmt.

Berlin, 19. Januar. (R.) Reichskanzler Dr. Luther empfing heute vormittag die Führer der Mittelparteien zu der gestern angesagten Besprechung, in der die Demokraten zunächst ihren heutigen geplanten Beschluß mitteilten. Über den Ausgang der Verhandlungen läßt sich noch nichts sagen.

## Zur Regierungsbildung.

Berlin, 19. Januar, vorm. 10.50. (R.) An den Besprechungen mit dem Reichskanzler nehmen teil: von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Dr. Bäpf, vom Zentrum Dr. Marz und Fehrenbach, von den Demokraten Koch (?) und Erleben, von der Bayerischen Volkspartei Dr. Leicht. Die Besprechung dauert zurzeit noch an.

## Ein chinesisch-russischer Konflikt.

London, 19. Januar. (R.) Nach Berichten aus Moskau ist zwischen China und der Sowjetregierung ein ernster Konflikt über die chinesische Ostbahn ausgebrochen. Der Vertrag zwischen Chardin wurde am Montag eingestellt. In Moskau heißt es, der Vertrag sei durch die Weigerung der Eisenbahn verursacht, chinesische Soldaten unionist zu bejörden. Am Sonnabend bemächtigten sich chinesische Soldaten eines russischen Personenzuges bei Tschangtsche und setzten alle Beamten und die militärische Besatzung fest.

## Aus anderen Ländern.

### Die Verhandlungen über die Besatzungsstärke.

Paris, 19. Januar. (R.) Wie „Journal“ berichtet, hat Botschafter von Hoessch bereits vor drei Tagen mit dem Generalsekretär im Auswärtigen Amt Berthelot über die Frage der Herauslösung des Besatzungsheeres in der zweiten und dritten Zone verhandelt. Der Kriegsminister und der Ministerpräsident Briand hätten dazu noch nicht Stellung nehmen können, da Briand zu sehr mit der inneren Politik beschäftigt sei. Nach dem „Petit Parisien“ ist es jedoch wahrscheinlich, daß Briand den deutschen Botschafter heute oder morgen in dieser Angelegenheit empfangen werde.

### Schatzsekretär Mellon über die Auslandschulden bei Amerika.

London, 18. Januar. (R.) „Morningpost“ veröffentlicht Einzelheiten der kürzlich von Schatzsekretär Mellon vor der Budget-Kommission des Repräsentantenhauses über die Frage der Auslandschulden bei den Vereinigten Staaten abgegebene Erklärung. Nach dem Blatt sagte Mellon u. a.: Amerika muß die Zahlungsfähigkeit jeder Schuldenübernahme in Betracht ziehen. Die gesamte Auslandschuld ist für Amerika nicht so viel wert wie ein gebrauchtes Europa als Abnehmer. Wenn die Finanzen Europas nicht wiederhergestellt werden, seine Währung nicht auf eine gesunde Grundlage gestellt wird und seine Wölfer nicht in der Lage sind, zu verdienen und auszugeben, so wird Amerika nicht seine übermäßigen Erzeugnisse an Lebensmittel, Rohstoffen und Waren verkaufen können. Mellon führt in seinem Beispiel auch Deutschland an, das im Jahre 1923 für 149 Millionen Dollar amerikanische Baumwolle eingeschafft habe. Mit dem Dawes-Plan und einem richtigen Finanzsystem sei die Baumwollausfuhr im Jahre 1924 auf 233 Millionen Dollar gestiegen.

### Vorah gegen den Weltgerichtshof.

Washington, 19. Januar. (R.) Senator Vorah unternahm gestern im Senat einen neuen Angriff auf den Vorschlag, daß die Vereinigten Staaten dem Weltgerichtshof beitreten sollten und schlug vor, daß die Abstimmung über die Entscheidung bereitend den Beirat der Vereinigten Staaten am 10. Februar stattfinden sollte. Dieser Zeitpunkt lag jedoch den meisten Anhängern des Antrages zu weit entfernt.

### Großfeuer.

Koburg, 19. Januar. (R.) In der vergangenen Nacht brach in Aicha bei Koburg aus unbekannter Ursache ein Großfeuer aus, wodurch zwei Schäfte, darunter das des Bürgermeisters, mit zwei Häusern, Scheunen, Stallungen und Nebenräumen vollständig eingeäschert wurden. Der Bürgermeister wurde durch den Starkstrom einer abgerissenen Leitung getötet, seine Frau schwer verletzt.

### Krise bei der Popolare-Fraktion.

Rom, 19. Januar. (R.) Die Blätter berichten, daß die Popolare-Abgeordneten Gronchi und Longinotti aus der Leitung der Popolare-Fraktion ausgeschieden sind, weil sie dagegen waren, daß die Fraktionsmitglieder in der Kammer erscheinen sollten. Der Abgeordnete Giles soll nach faschistischen Blättern aus der Popolare-Fraktion ausgetreten sein, um wieder in der Kammer erscheinen

zu können. Nach dem „Popolo di Roma“ erwartet man, daß am nächsten Donnerstag etwa fünf Popolare-Abgeordnete, die sich in den letzten Monaten von der Partei getrennt haben, öffentlich in der Kammer ihre Stimme zu den drei an sie gestellten Bedingungen kundgeben werden.

### Unfall auf der Zugerbahn.

Aus Zug wird gemeldet: Gestern entgleiste hier ein Wagen der Bergbahn und überfuhr sich einmal, wodurch zwei Reisende getötet, zwei andere schwer und drei leicht verletzt wurden. Wodurch die Entgleisung des Zuges herbeigeführt wurde, wird die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

### Die englisch-italienischen Schuldenverhandlungen.

London, 19. Januar. (R.) Über die englisch-italienischen Schuldenverhandlungen wird weiterhin strenges Still-schweigen bewahrt. Niemeier und Pirelli haben Versprechungen bei dem Schatzamt. Die beiden Finanzminister werden heute nachmittag um 8 Uhr eine weitere Konferenz abhalten. Vorher wird eine Sitzung des britischen Kabinetts stattfinden.

### Annahme des Vertrages mit England durch den Irak.

Bagdad 19. Januar. (R.) (Reuter) Das Unterhaus des Irak billigte den neuen Vertrag mit England. Es stimmten 18 Mitglieder dafür. 22 Mitglieder der Nationalpartei verließen zum Protest gegen die Durchbringung des Vertrages den Saal vor der Abstimmung.

### Beirut.

London, 19. Januar. (R.) Reuter meldet aus Beirut: Die Eisenbahnverbindung mit Damaskus ist wieder hergestellt worden.

### Der Gummikrieg.

Washington, 19. Januar. (R.) Im Handelsausschuß des Repräsentantenhauses erklärte der Botschafter Hoover, daß amerikanische Volk sei entsprechend den nationalen Interessen auf einen guten Weg zur Lösung der Gummifrage ohne die Hilfe der Regierung. Hoover sagte, die von der neu gegründeten American Motor and Rubber Company eingeleitete Aktion, welche bestimmte Projekte in Ceylon, Niederländisch Indien und auf den Philippinen ins Auge fasse, werde die notwendige Hilfe bringen.

## In kurzen Worten.

Aus Pola wird berichtet, daß dort eine Feuerbrunst große Mengen Tabak vernichtet hat. Der Schaden beläuft sich auf 25 Millionen Lire.

In Rom ist seit 1896 der erste Schnee niedergegangen.

Im Wilnaer Gebiet ist, seitdem die starke Kälte eingesetzt, eine Bolzplage eingetreten.

Das Observatorium auf dem Vesuv teilt mit, daß die Tätigkeit aufgehört hat.

Prof. Einstein hat die englische goldene Medaille der Königlichen Astronomischen Gesellschaft erhalten.

## Letzte Meldungen.

### Rücktritt Moraczewskis?

Nach einer Meldung der „Agencia Wschodnia“ soll in den nächsten Tagen vom Club der Sozialdemokraten die Angelegenheit der Demission des Ministers Moraczewski erörtert werden, der durchaus zurücktreten will.

### Das Urteil im Terroristenprozeß Pawieczky.

Warschau, 19. Januar. (A.W.) Im Bezirksgericht ist gestern das Urteil gegen den Terroristen Pawieczky gefallen. Pawieczky war Mitglied einer terroristischen Organisation, die mit kommunistischen Organisationen in Kongresspolen in Führung stand. Er gehörte auch zu der Gruppe der Terroristen, die seinerzeit versuchten, auf das Gefängnis, in dem sich Baginski und Wieczorkiewicz befanden, einen Anschlag auszuüben.

### Schrapnelexplosion.

Gestern mittag kam es in den Munitionswerken auf dem Regionenfort zwischen Warschau und Wilanow zu einer Schrapnel-explosion. Sechs Mädchen erlitten Verlebungen. Die Untersuchungskommission hat festgestellt, daß die Ursache der Explosion Unvorsichtigkeit der dort arbeitenden Mädchen war.

### Menderungen in den sowjetischen Regierungskreisen.

Nach einer Moskauer Meldung der „Agencia Wschodnia“ sind folgende Änderungen in den sowjetischen Regierungskreisen eingetreten: Kamieniew wurde zum Vorsitzenden des Außen- und Außenhandels ernannt, Rykow wurde Vorsitzender des Sowmarku, Sokolnikow ist vom Vorsitz des Kommissars der Finanzen zurückgetreten und zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatswirtschaftsrates ernannt worden. Direktor der Gosbank wurde Scheidemann, der bisherige Stellvertreter des Kommissars für Finanzen.

### Um den Dawesplan.

London, 19. Januar. (A.W.) „Daily Chronicle“ demonstriert in einem Telegramm aus New York das Gerücht, daß der Direktor der englischen Bank während seines Aufenthaltes in Amerika die Frage einer Revision des Dawes-Planes berührt hätte. Im Gegenteil, der Reparationsagent Parker Gilbert hat die Lage in Deutschland als so günstig dargestellt, daß der Dawes-Plan vollständig realisiert werden könne.

## Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Strauß; für Stadt und Land: Rudolf Herbrecht; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Strauß; für den Angelegenheitsteil: M. Grundmann. — Verlag: Posener Tageblatt. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Bojanow.

## KINO APOLLO

Vom 15. bis 21. Januar 1926.

Ein Lebensdrama

# „Die Dame aus der Schenke“

(The Lady)

In der Hauptrolle: Norma Talmadge.

Vorverkauf 12-2 Uhr.

Waldemar Bieberstein  
Margarete Bieberstein  
geb. Handke  
Vermählte.  
Poznań, den 19. Januar 1926  
(ul. Dąbrowskiego 51).

## Die grössten Feinde unseres Niederwildes sind die Graukähen, Läzzen u. wildernde Hunde

Ich übernehme die sach- und fachgemäße Beurteilung  
obigen Raubzugs nach vor Jahren in Przeclaw,  
früher Brzinenau, Kreis Samter exprobierter Methode.  
Dortselbit ist sich der Wildstand in 4 Jahren, und  
zwar von 1910 bis 1914, was die Treibjagd ergeben  
ergab, um etwa das 5fache gehoben. Ruhwild  
nimmt die Brocken wovon auf 500 Morgen 4 bis 5  
Stück auslöhnen, nicht an. Gutachten liegen in meinem  
Geschäftslokal zur Einsicht aus. Interessenten wollen  
sich, da jetzt die beste Zeit, sofort  
mit mir in Verbindung setzen.

**Eugen Minke,**  
gerichtlich vereidigter Sachverständiger für das  
Schlechzwesen im allgemeinen,  
für die Gerichte des Landgerichtsbezirk Posen.

**Maschinengußbruch u. Alteisen**  
kaufst laufend in vollen Waggonladungen  
zu den höchsten Tagespreisen  
**Bydgoski Handel Żelaza,**  
wlać: MAX SEELIG,  
Bydgoszcz, ul. Długa 36, Telephon 12-77.

**50—100 magere, gesunde  
Läufer-Schweine**  
(60—80 pfund schwer) kaufst gegen Barzahlung  
Dom. Strzeszyn, Post Złotnik h. Poznań.

**Neue Romane**  
von Heinz Tovote aus erstklassigem Berliner Verlag.

Zur Auschaffung empfohlen:  
Unterzeichneter bestellt bei der Verhandlungshandlung der  
**Drukarnia Concordia** Poznań, Zwierzyniecka 6  
folgende Romane, sämtlich broschiert:  
Zahlbar in Gold. — Umrechnung erfolgt nach der  
zu der Zeit gültigen Buchhändler-Schlüsselzahl Goldm.  
Stück Suse Gaudi, . . . . . 3,50  
Sonnemanns, . . . . . 2,00  
Scheu vor der Liebe, . . . . . 3,50  
Der Erbe, . . . . . 2,00  
Der leichte Schritt, . . . . . 2,00  
Durchs Ziel, . . . . . 3,50  
Hilde Dangorow, . . . . . 3,50  
Das Ende vom Niede, . . . . . 3,50  
Im Liebesrausch, . . . . . 3,50  
Mutter, . . . . . 3,50  
Um Eveline, . . . . . 3,00  
Fräulein Griesebach, . . . . . 3,50  
Frau Agna, . . . . . 3,50  
Frühlingsstern, . . . . . 3,50  
Krebs, Eva's Rutschbahn, . . . . . 2,50  
Dahms, Braufahrt, . . . . . 1,20  
Nellus, Durchlaut Frau Goldenvart, . . . . . 2,80  
Böhme, Bedford's Tränen, . . . . . 3,00  
Böhme, Die Maienschneider, . . . . . 3,00  
El-Corral, Gina Cartonis-Ehe, . . . . . 3,50  
Sämtliche Romane sofort lieferbar.  
Ori. Datum. Name (rechts deutlich).  
Postamt.

Ausschneiden.

Ausschneiden.

### Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit  
**Posener Tageblatt** (Posener Warte)  
für die Monate  
Februar und März 1926

Name . . . . .  
Wohnort . . . . .  
Postanstalt . . . . .  
Straße . . . . .

**Wir reparieren** Ihre  
**Schreikmaschinen**  
**Paginiermaschinen**  
**Kontrollkassen** sowie  
**Büro-Maschinen** aller Art.

**Drukarnia Concordia** Sp. Akt.

Abteilung: Maschinen-Reparatur.

Poznań ul. Zwierzyniecka 6.

## Gelegenheitskauf

Um mein Winterlager zu räumen verkaufe:  
Damen-, Herren- und Kinder-

## Wintertrikots

in reicher Auswahl zu Reklamepreisen.

**Z. Lewicki,**  
Poznań.

plac Świętokrzyski 1. Tel. 37-74.

## Haus

in Bochum, Wert 30 000 R.-M.,  
kaufte gegen eine Landwirtschaft  
in gleichem Wert in  
Bolen. Günstige Angebote unter  
Nr. 2931 an die Geschäftsstelle

dieses Blattes erbeten.

## Speisezimmer,

hochherrschaftlich. Eiche, gediegene. Büffet circa 3 m. m. Stand-  
uhr, Tisch für 24 Personen und 12 Stühle in schwerer  
Schnitzerei zu verkaufen.

Adamska, Poznań, ul. Glogowska 108.  
1. Aufgang IV. Stock.

## Arbeitsmarkt

Gesucht zum **1. April 1926** **Maschinenmeister**

für Guts-Reparaturwerkstatt. Erfahrung in Dreiarbeit.  
Bezeugung: Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche erb. an  
Gutsverwaltung Borowo, v. Czempin, pow. Kościan.

Zum 1. April 1926

**Rechnungsführer,**  
evtl. **Sekretärin** gesucht,

für in doppelter Buchführung, Schreibmaschine, Stenographie  
Zeugnisabschriften mit Gehaltsansprüchen erbeten

**Ernst Buettner,**

Dominium Jeziorski-Kostowice, v. Niezychowo,  
Station Biadostowice, Kreis Byczyna.

Gutsgärtner gesucht.

Verh. deutsch evangelisch Treibhaus nicht vorhanden.

**C. Förster, Bronikowo, pow. Śmigiel.**

Zum 1. März, spätestens Ostern d. Jg. gesucht  
für drei Kinder, 12, 11 und 6 Jahre alt.

**evangelische Erzieherin**

oder Lehrerin  
mit Unterrichtserlaubnis. Büro, Zeugn. u. Gehaltsanspr. erb. an

**Frau Domänenpächter Rudolph,**  
Perzow, pow. Kępno.

Ein unverheirateter

**Böttchergeselle** findet sofort dauernde Beschäftigung. Albert Schwarz, Smigiel.

Anständiges, jüngeres, evgl. Mädchen für kleinen bürgerl.

Haushalt (ländlicher) oder so gesucht. Offerten unter Nr. 2911 an.

**Suche für jüngeren Beamten Stellung als**

**Assistent od. Hofbeamter.**

Ges. Angebote unter 2920 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Suche für meine Tochter, Halbwaise, 20 Jahre alt**

evgl., aus gutem Hause, höhere Töchterschulbildung, der

deutsch. u. poln. Sprache mächtig, auch im Näheln bewandert,

selbige war auf groß. Landwirtschaft bei Verwandten tätig.

**Gelegenheit zur weiteren Ausbildung**

**im Sochen u. Erlernung der Wirtschaft**

auf groß. Gute (wenig möglich mit Familienanschluß), ohne

geg. ni. Begleitung von soleich, später oder 1. April 1926.

Ges. Angebote unter Nr. 2943 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

## Spielplan des „Teatr Wielli“.

Dienstag, den 19. 1. „Bellina“ (La Mascotte).  
Mittwoch, den 20. 1. „Die Puppe“ (zum 8. Male).  
Donnerstag, den 21. 1. „Tosca“.  
Freitag, den 22. 1. „Carmen“.  
Sonntagnachmittag, den 23. 1. „Mignon“.  
Sonntag, den 24. 1. 3 Uhr „Die lustigen Weiber von Windsor“ (Preise ermäßigt).  
Montag, den 25. 1. „Die Puppe“ (zum 9. Male).

Sonntag, d. 24. Januar ab

findet in meinem  
geräumigen Saal ein

**Maskenball**

statt, wozu ich  
freudlichst einlade.  
Eintrittspreis 1 Zloty.

**Gus. av Tismer, Ryczywól.**

Konditorei  
und Kaffee  
**G. Erhorn**  
Poznań,  
Fr. Ratajezaka 39.  
Tel. 3228.

Möbel  
für jeden

Geschmack

in jedem

Stil

bei sauberster

Ausführung

fertigt

**W. Gutsche**

Grodzisk-Poznań 3

(früher Grätz-Poznań).

## Geschäfte

jeder Branche, wie Lebensmittel, Konfiserien, Zigaretten, Restaurants usw., tauschos-  
ein und zweizügig, in guten Geschäftslagen unter besier Abschlußberatung bietet an Spezial-  
geschäftsvermittlung Arthur von Halle, Berlin O. 112, Gürtelstr. 34. Teleph.: Königstadt 9867. Kaufungsbedingungen bitte anzu-  
geben.

Ab 1. April ist mein in Stegeln gelegenes

## Grundstück

(Benzinabfüllung). Poststr. 81, geteilt oder in ganzen

zu verpachten.

Im Hause befindet sich gutge-  
bendes Leben mit Geflügel, mit Restaurant und 5 Zimmerwohnung, sehr komforabel eingerichtet. 9 Zimmer Oberwohnung  
für Arzt oder Ärztin, dem sich dort gute Chancen bieten dürften, besonders geeignet. Interessen-  
ten wollen sich wenden an Frau Levy, Berlin-Schöneberg Lindauerstr. 11.

## Wohnungen

Gut möbl. Zimmer zu vermieten Poznań, Matejki 65 a, I. Etage rechts.

## Zimmer

(Post- und Bahnstation im Drie.) verkaust einen einjährigen, selbstgezogenen

**8 Ztr. schweren Zuchthuilen,**

Abstammung: Posener Niederungsbich, für d. Preis v. 450 zl. Offerten erbitten

Die Gutsverwaltung.

**Ausschneiden!**

**Postbestellung.**

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

**Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für den Monat Februar 1926

Name . . . . .

Wohnort . . . . .

Postanstalt . . . . .

Straße . . . . .

## Stellengesuch

Obermelker

Ges. Angebote unter Nr. 2942

an die Geschäftsst. d. Blattes.

Anstand, evgl. Mädchen n.

20 J. alt, sucht Stellung als

**Hausmädchen.**

Ges. Anschr. unter Nr. 2911

an die Geschäftsst. d. Blattes.

Für junges, kräftiges Mäd-  
chen aus guter Familie, bei der

Landesversicherung mächtig, wird

Stellung in gutem Hause als

**2. Stubenmädchen**

gesucht. Landhaushalt bevor-  
zugt. Ges. Angebote unter Nr. 2947 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

2. Bl. erbauen.



# Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

## Handelsnachrichten.

Zur Lage auf dem Rohgummi-Weltmarkt. Die Preisbewegung im Jahre 1925. Der Weltmarkt für Rohgummi sieht gegenwärtig etwas anders aus wie zur gleichen Zeit des Vormonats, wo mit ungefähr 56d für besten Pflanzungsgummi in London der Höchstpreis des vergangenen Jahres erreicht wurde. Dieser Stand konnte sich aber nur ganz vorübergehend halten. Sehr bald ging der Preis auf rund 45½d zurück, und das neue Jahr brachte bisher keine Besserung, sondern im Gegenteil einen weiteren Abstieg bis auf unter 43d. In den letzten Tagen war der Markt etwas fester mit einer Schlussnotierung für greifbare Ware von annähernd 44d greifbar, 42½ Januar-März, 38½ April-Juni. Sehen wir von den geringen Geschäften infolge der Jahreswende und der Feiertage ab, so drückten auf den Markt neben der allgemeinen schlechten Nachfrage hauptsächlich das erneute Ausbleiben der amerikanischen Käufe und wohl auch die Zunahme der Londoner Vorräte, die von 383t am 5. Dezember auf 612t am 2. Januar stiegen. Wesentlich war jedenfalls der Einfluß der amerikanischen Opposition gegen das englische Kautschukmonopol, die neuerdings mit aller Gewalt in Erscheinung trat, die „Hooveritis“ (um englische Stimmen wiederzugeben), wie sie sich in der Repressaliendrohung von Hoover verkörpern. Natürlich behauptet man in England, daß derartige Widerstände die interessierten Kreise vollkommen kalt lassen und der in Wirklichkeit durchaus gesunden Lage des Marktes auf längere Zeit hinaus nicht schaden können. Tatsache ist, daß von den Vereinigten Staaten im letzten Jahre dauernd oder vielmehr von Zeit zu Zeit nachdrücklich versucht worden ist, den Gummipreis zu drücken, aber stets nur mit vorübergehendem Erfolg. So steht man auch heute (und zwar nicht nur allein in England) zumeist den amerikanischen Bestrebungen skeptisch gegenüber und erwartet im Gegenteil ein erneutes Anziehen des Gummipreises. Weiß man doch, daß sich gerade die amerikanische Gummiverarbeitung in voller Blüte befindet und nach zuverlässigen Meldungen von dritten das Jahr 1926 zu einem „Banner-Year“ im wahrsten Sinne des Wortes gestalten soll. Das geht schon daraus hervor, daß z. B. das Arbeitsprogramm der Goodyear Tire & Rubber Company für das laufende Jahr zunächst auf 35 000 Reifen täglich (!) lautet. In der Geschichte der Rohgummiwirtschaft muß 1925 als eins der interessantesten Jahre bezeichnet werden – darüber kann kein Zweifel bestehen. Vergleicht man den Durchschnittspreis von Januar mit dem von Dezember, so ergibt sich für den letzteren eine Steigerung um rund 170%. Der Durchschnittspreis des vergangenen Jahres stellte sich auf 35,31 gegen 137½ 1924, 15½ 1923, 9½ 1922, 10½ 1921, 23 1920, 25½ 1919, 27½ 1918, 33½ 1917, 34½ 1916, 30 1915, 27½ 1914, 36½ 1913, 57 1912, 65½ 1911, 105 1910. Wie man sieht, war der Durchschnittspreis zuletzt 1913 höher als 1925.

Polnisches Eisensyndikat. Zum Präsidenten des Aufsichtsrats des, wie gemeldet, nunmehr zustande gekommenen Polnischen Eisensyndikats wurde der ehemalige Minister Kiedron, Gen.-Dir. der Ver. Königs- und Laurahütte, gewählt. Vizepräsident wurde Ing. Sucycki, Präsident des Polnischen Hüttenverbandes in Warschau, ferner der Gen.-Dir. der Bismarckhütte, Scherff. In die Zentralverwaltung, deren Sitz in Katowitz sein wird, wurden die Bezirksdirektoren des Oberschlesischen Eisenhüttensyndikats, Balzer und Albert gewählt, sowie der Direktor der Warschauer Abteilung, Ing. Subiecki. Die Warschauer Abteilung wird alle Unterhandlungen mit der Regierung führen. Sie bekommt die Vertretung für Kongresspolen mit sehr weitgehenden Kompetenzen. Das Vollzugskomitee wird sich zusammensetzen aus einem Präsidenten und Vizepräsidenten sowie fünf weiteren Mitgliedern. Der erste Schritte des Syndikats war der Beschuß einer Herabsetzung der Preise für Regierungslieferungen, die im Vergleich zu den bisherigen Preisen sehr bedeutend ist. Diese Preise unterscheiden sich auch erheblich von den Preisen für Private. Dieser Beschuß wurde im Hinblick auf die notwendige Finanzsanierung des Landes gefaßt. Er soll gleichzeitig den Zweck haben, den polnischen Hütten die Lieferungen zu erleichtern, was bei der augenblicklichen Absatzstockung nötig ist, um die polnischen Hütten im Betrieb zu halten, ohne allzustarken Reduktionen der Arbeiterzahl vorzunehmen.

Aus der polnischen Eisenindustrie. Das Verhältnis zwischen dem polnischen Eisenhüttensyndikat und den als einziges Eisenhüttenwerk dem Syndikat nicht beigetretenen Sosnowicer Röhren- u Eisenwerken hat sich in den letzten Tagen insofern zugespitzt, als anlässlich der Vergabe eines Staatsauftrages für 2500 t Bleche die Sosnowicer Röhren- und Eisenwerke als unterbietender Konkurrent aufgetreten sein sollen. Über die Vergebung des Auftrages ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Um der außerordentlichen Notlage der Eisenindustrie zu steuern, hat die Regierung dieser Tage, trotz der schwierigen Lage der Staatsfinanzen, auf dringende Vorstellungen hin einen Auftrag über 25 000 t Oberbaumaterialien vergeben, der je nach der Leistungsfähigkeit auf 4 Werke verteilt werden soll. Diese kleine Hilfe ist immerhin geeignet, die in Frage kommenden Unternehmungen auf die Dauer von mindestens zwei Monaten zu beschäftigen. Weiterhin hat die Friedenshütte A.G. vor kurzem durch Vermittlung der Eisenexportgesellschaft in Berlin einen Auftrag auf 900 t 5 mm-Bleche aus Rumänien erhalten, lieferbar in 4 Partien in den Monaten Februar, März, Juli und August d. Js. Die bisher immer noch nicht geklärte Frage der Aufnahme des Roheisenverkaufs in den Rahmen der Tätigkeit des gesamtpolnischen Eisenhüttensyndikats scheint nunmehr doch spruchreif zu werden, da man, wie verlautet, eine geschlossene Kette für die Syndikatsprodukte haben will. Nähere Einzelheiten hierüber sind jedoch noch nicht bekannt.

Handelsverhandlungen Polen-Norwegen. Die von der polnischen Regierung mit Norwegen geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages sollen nach einer Meldung der „Rzeczpospolita“ vor ihrem Abschluß stehen. Die Unterzeichnung soll demnächst stattfinden.

Handelsverhandlungen Polen-Oesterreich. In den nächsten Tagen wird die Ankunft der österreichischen Abordnung zur Fortsetzung der im Jahre 1925 begonnenen Verhandlungen über die Revision des polnisch-österreichischen Handelsvertrages erwartet.

Höchstpreise für Metalle und Metallerzeugnisse in Russland hat das Moskauer Handelskommisariat soeben festgesetzt für Engros-Lieferungen der staatlichen und genossenschaftlichen Industrieunternehmungen und ihrer Verbände (Trusts, Syndikate usw.) und zwar für Frischfeuer-Roheisen 53,07 Rubel, Gußeisen 57,95, Sorteneisen 114,68, Eisenblech 129,32, Träger und Profileisen 114,68, gewalzt Draht 114,68, gezogenen Draht 186,66, Gasröhren 346,48, Drahtnägel Nr. 8/4 213,50, eiserne Wasserröhren 149,45, verzinktes Blech 329,40 Rubel je Tonne franco nächste Eisenbahnhaltung.

Getreidepreise										
für 100 Kilogramm in Zloty zum Tageskurse der Berliner Börse.										
Höchstnotizen.										
Wheat:	11. 1.	12. 1.	13. 1.	14. 1.	15. 1.	16. 1.	1 Jarischowitz			
Posen . . . . .	38.00	—	34.00	—	34.00	34.50	35.10			
Berlin . . . . .	47.10	43.70	43.70	43.40	43.40	43.40	44.10			
Chicago . . . . .	52.20	47.80	47.70	48.40	48.30	48.20	48.75			
Roggen:										
Posen . . . . .	21.50	—	19.00	—	19.00	19.00	19.60			
Berlin . . . . .	23.50	25.30	25.60	26.10	26.10	25.90	26.60			
Chicago . . . . .	31.80	30.90	30.90	31.50	31.30	30.90	31.20			
Gerste:										
Posen . . . . .	22.50	—	21.00	—	21.00	21.00	21.40			
Berlin . . . . .	30.40	23.20	23.30	23.10	28.10	28.10	26.90			
Chicago . . . . .	27.30	25.70	25.80	25.80	25.20	25.50	25.90			
Hafer:										
Posen . . . . .	23.00	—	21.00	—	21.00	21.00	21.50			
Berlin . . . . .	31.80	22.40	29.30	29.30	29.30	29.30	29.75			
Chicago . . . . .	23.20	22.60	21.60	24.60	21.30	22.50				

## Märkte.

Gefreide, Warschau, 18. Januar. Für 100 kg fr. Verladestation (fr. Warschau). Kongr.-Rogg 118 f hol 22, Graupengerste (23), W.-Kleie 15½ (14.00), Umsatz 250 Tonnen.

Lemberg, 18. Januar. Weißweizen 32–34, Grobweizen 35–36, kleinp. Roggen 21½–22½, kleinp. Braugerste 21 bis 22, Futtergerste 17–18, Hafer 21½–22½.

Graudenz, 18. Januar. Für 100 kg loko Lager Graudenz. Roggen 17½–18½, Weizen 31½–33½, Wintergerste 19½–20½, Futtergerste 16½–18½, Braugerste 21–23, Hafer 19.21, Felderbsen 24½–26½, Vikt.-Erbse 36–38, gelbe Lupinen 11–13, blaue 14½–16½. Tendenz fallend.

Danzig, 18. Januar. Weißweizen 13½–13.62½, Rotweizen 13.25–13.50, Roggen 8.25, Gerste 8½–9.25, Futtergerste 8½, Hafer 8½, Erbsen 10–11, Viktoria 15, R.-Kleie 5.25, W.-Kleie 6.50–7, 60proz. Roggenmehl 27, „000“ W.-Mehl mit einer 25proz. Mischung ausl. Mehls 38½, „000“ neues Inlandsweizenmehl 41½. Tendenz fallend.

Berlin, 18. Januar. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg Mehl und Kleie für 100 kg loko Berlin. Märk. Weizen 24½–25½, Pommereller 24½–25½, märk. Roggen 163–150, Pommerscher 24½ bis 25, märk. Roggen 143–150, Pommerscher 142–149, Braugerste 180–215, Winterfuttergerste 148–162, märk. Hafer 160 bis 171, Weizemehl 32.50–36, R.-Mehl 22–24, Weizenkleie 11.25–11.50, Roggenkleie 9.75–10.25, Raps 340–350, Vikt.-Erbse 27–35, Speiserbsen 22–25, Futtererbsen 22–25, Peuschen 19–20, Feldbohnen 20–21, Wicken 20½–23, blaue Lupinen 11¾–12½, gelbe 13.75–15, Rapsküchen 5.25, Leinküchen 23½–23.60, Tortmelasse 8.20–8.50, Kartoffelflocken 14.80–15.30. Tendenz schwach.

Hamburg, 16. Januar. Für 100 kg bei schwacher Tendenz. Weizen 22.30, Roggen 15.40, Hafer 14.80, Braugerste 18, Wintergerste 15.50, Weizemehl 34, Roggenmehl 23, ausgesuchtes 40.

Chicago, 16. Januar. Weizen Redwinter Nr. II loko 188, Hardwinter Nr. II loko 182, Mai alt 171.25, neu 173½, Juli neu 150½, September neu 133½, Roggen Mai 108½, Nr. II loko 108, Juli 108½, Mais gelb Nr. III loko 77½, weiß Nr. IV loko 74, gemischt Nr. VI loko 73, Mai 83½, Juli 86, September 87½, Hafer weiß Nr. II loko 43, Mai 45, Juli 47½, Malting-Gerste 66–77 loko. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Metalle. Bromberg, 16. Januar. Notierungen der Firma Gebr. Schmidt in Bromberg für 1000 kg in engl. Pfund. Bank- oder Straitszinn 234, Hüttenblei 31, Raffinadeblei 30.50, Weißmetall 20proz. 63, 40proz. 115, 60proz. 179, 80proz. 248, Antimon Regulus 97, Reinkupfer in Blocks 99% 61, Glockengut 85/5 52, Messing in Blocks 65proz. 45, Gußaluminium 95, Hüttenaluminium 132, Tendenz schwach. Für 1 kg in Schweizer Fabriken auf Grund der Ziotyparität. Messing 2.10, Glockengut 2.40, Phosphorbronze 2.65, Manganbronze 3.10, bei schwacher Tendenz.

Neu-Beuthen, 16. Januar. Rohguß Friedenshütte Nr. I 180 zt pro Tonne loko Neu-Beuthen.

Warschau, 16. Januar. Grundpreise für Inlandshandels-eisen pro Tonne. Nach den Notierungen des Verbandes der polnischen Hüttenindustriellen 250 zt fr. Waggon Hütte. Nach den Notierungen der Vereinigung polnischer Metallindustriel 230 zt fr. Verlastestation. Für 1 kg fr. Empfangsstation wurde notiert: Messing-schmelz 1 zt, Kupfer 1.50–1.55, Blei 0.80, Zinkschmelz 0.80, Zinn 11 zt.

Berlin, 18. Januar. Amtliche Notierungen für 1 kg in deutscher Mark. Elektrolytkupfer sofort. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 113½, Raf. indeksupfer 99 bis 99.3% 1.15–1.18, Originalhüttenroh-zink i. fr. Verkehr 0.76 bis 0.77, Remelt-Plattenzink gew. Hapdegsüte 0.68–0.67, Originalhüttenaluminium 98–99% in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 2.35–2.40, dasselbe mindestens 99% 2.45–2.50, Reinnickel 98 bis 99% 3.40–3.50, Antimon Regulus 2–2.05.

Kolonialwaren. Lublin, 16. Januar. Notierungen für 1 kg in Zloty: Tee Java 16, Ceylon 18, Holl. Kakao 3.90, englischer 2.35, Kaffee Rio 8.50, „000“ gemischt 8, „00“ gemischt 10, Cichorie Gleba 1.15, Bona 1.25, italienische Makaroni 1.66, Burmareis 1.63, Pfeffer 4.80, Ingwer 8, Muskatblüten 35, Zitronenextrakt 6.90, bosnische Pflaumen 2.10, Inlandspflaumen 0.67, weißes Salz 0.25, gereinigtes Soda 0.82. Tendenz schwach.

Warschau, 15. Januar. Für 1 kg fr. Warschau: Orange Pecco Sumatra 14.50, Orange Pecco Ceylon 11.25, amerik. Kakao 2.20, engl. 2.70–2.80, holl. 2.70, Bioker 4–7 zt, De Joung 3.80 zt. Baumwolle. Bremen, 18. Januar. Amtl. Notierungen in Cts. für 1 engl. Pfund (253 Gramm). 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 22.20, Januar 20.35–20.17, März 20.50 bis 20.30, Mai 20.50–20.38, Juli 20.36–20.22, September 19.90, Oktober 19.64, Dezember 19.42–19.22. Tendenz schwach.

## Förden.

Der Zloty am 16. 1. 1926. Neuwörk: Überw. Warschau 14.50, Riga: Überw. Warschau 78, Tscherowitz: Überw. Warschau 26, Bukarest: Überw. Warschau 26.50, Zürich: Überw. Warschau 72.50, London: Überw. Warschau 36½.

Der Zloty am 18. 1. 1926. Zürich: Überw. Warschau 71.50, Neuwörk: Überw. Warschau 15, Wien: Zloty 95–96, Überw. Warschau 96.40, Prag: Zloty 430½–433½, Überw. Warschau 434½ bis 440½, Budapest: Zloty 10.000–10.600, Tscherowitz: Überw. Warschau 26.00, Bukarest: Überw. Warschau 26.50, London: Überw. Warschau 36½.

## Posener Börse.

</th